



Bern, 26. Juni 2024

Adressaten:

die politischen Parteien
die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
die Dachverbände der Wirtschaft
die interessierten Kreise

Nationales mobiles Sicherheitskommunikationssystem (MSK): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 26. Juni 2024 das BABS beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zur Änderung des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes hinsichtlich der Einführung eines nationalen mobilen Sicherheitskommunikationssystems (MSK) ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis am 24. Oktober 2024.

Am 22. Dezember 2023 hat der Bundesrat den «Bericht über die Ablösung von Polycorn durch ein zukunftsgerichtetes, mobiles, breitbandiges Sicherheitskommunikationssystem» zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig beauftragte er das VBS, eine Vernehmlassungsvorlage zur Einführung eines MSK auszuarbeiten. Mit der vorliegenden Vorlage für die Änderung des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes und der Erstellung eines Verpflichtungskredits für den Bundesanteil des Vorhabens wird dieser Auftrag ausgeführt.

Dadurch werden die Grundlagen geschaffen für den Aufbau und Betrieb eines nationalen mobilen Sicherheitskommunikationssystems, welches den mobilen Austausch grösserer Datenmengen und die gesicherte Kommunikation zwischen Behörden, Einsatzkräften und Betreibern kritischer Infrastrukturen in allen Lagen ermöglicht.

Hiermit laden wir Sie höflich ein, zur Vorlage und zu den Ausführungen im erläuternden Bericht Stellung zu nehmen.

Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse: [Vernehmlassungen laufend \(admin.ch\)](https://www.admin.ch).

Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen, wenn möglich, elektronisch (**bitte nebst einer PDF-Version auch eine**



Word-Version) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende Email-Adresse zu senden:

recht@babs.admin.ch

Für Rückfragen und allfällige Informationen stehen Ihnen Stefan Brem, Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS (stefan.brem@babs.admin.ch; Tel. +41 58 462 5137) zur Verfügung.

Für Ihr Interesse und Ihre wertvolle Mitarbeit danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Viola Amherd'.

Viola Amherd
Bundespräsidentin